

Anfrage

öffentlich

Datum

26.10.2010

Nummer

F0169/10

Absender

Frank Theile, Jana Bork, Hugo Boeck, Monika Zimmer

DIE LINKE Fraktion

Adressat

Oberbürgermeister

Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

11.11.2010

Kurztitel

Verkehrskonzept Stadtteil Hopfengarten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtteil Hopfengarten entwickelt sich entgegen ursprünglichen Planungen zunehmend als attraktiver und daher stark nachgefragter Wohnstandort. Allein in den letzten 10 Jahren entstanden besonders im unmittelbaren Umfeld der Gustav-Ricker-Straße und der Straße Am Hopfengarten, nach vorsichtigen Schätzungen, weit über einhundert Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Wohnungen, in welchen größtenteils junge Familien mit Kindern ihren Wohnsitz gefunden haben. Es ist zu erkennen, dass diese Entwicklung weiter anhält. Erfreulicherweise entwickelten sich im gleichen Zeitraum auch die im Wohn- und Gewerbemischgebiet Anfang/Mitte der 90er Jahre neu entstandenen bzw. erhaltenen Industrie- und Gewerbeunternehmen ebenso gut und sichern damit für Magdeburg Arbeitsplätze in relevanter Größenordnung.

Negatives Ergebnis dieser Entwicklung ist allerdings auch ein stetig anwachsender Gewerbezuliefer-, Durchgangs- und Anliegerverkehr im Wohngebiet. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die Gustav-Ricker-Straße und die Straße Am Hopfengarten sowie einzelne einmündende Straßen, deren Bewohner sich zunehmend gestört fühlen, Sorge um die Sicherheit der Kinder im Zugangsbereich der vor Ort befindlichen Grundschule und Kindertagesstätte haben und sich zum Teil auch um den Wert ihrer Immobilieninvestitionen gebracht sehen.

Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt kennt die sich zuspitzende Situation für die Anwohner und Industrie aus zahlreichen Bürgerversammlungen, den Beratungen der Gemeinwesenarbeitsgruppe, Einzelbeschwerden, Petitionen an den Petitionsausschuss des Landtages, Beratungen mit Stadträten des Wohngebietes u. v. a. m. seit mindestens 10 Jahren. Leider ist festzustellen, dass es bisher trotz unterschiedlicher Bemühungen und einzelner, punktueller Maßnahmen, zu keiner durchgreifenden Lösung für die aus Sicht aller Betroffenen unbefriedigende Verkehrssituation gekommen ist.

Auf Initiative der Gemeinwesenarbeitsgruppe Leipziger Str./Hopfengarten wurde im Frühjahr 2010 in einer Arbeitsbesprechung unter Beteiligung von Stadträten der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Fraktion durch das zuständige Baudezernat zugesichert, grundsätzliche, konzeptionelle Vorstellungen für eine verkehrsplanerische Gesamtlösung für das Wohngebiet bis zum Herbst 2010 vorzubereiten, diese Verkehrskonzeption auf einer Wohngebietsversammlung öffentlich vorzustellen und mit den Beteiligten zu diskutieren.

In der Sitzung der GWA Leipziger Str./ Hopfengarten am 29.09.2010 erklärten nun jedoch die VertreterInnen der Stadtverwaltung einen Planungs- und damit Bearbeitungsrückstand, wegen

der Bearbeitung anderer vorrangiger Aufgaben, von ca. einem halben Jahr zu haben. Offensichtlich ohne Grundlage schätzt die Stadtverwaltung zur gleichen Beratung, ausweislich des Beratungsprotokolls aber ein, dass der Realisierungszeitraum, welcher Maßnahmen auch immer, erst nach 2016 liegen wird. Dies ist im Hinblick auf die geschilderte Sachlage und die bereits seit Jahren geduldig vorgetragenen Anliegen vieler Beteiligter eine nicht mehr hinnehmbare Zumutung.

Wir fragen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie einzuleiten um abzusichern, dass die seit Jahren von Bürgerinnen und Bürgern des Wohngebietes bisher ohne abschließende Klärung vorgetragenen Anliegen, nunmehr unverzüglich und mindestens gleichrangig mit anderen Aufgaben des Baudezernates bearbeitet werden können?
2. Wann wird die Stadtverwaltung die Konzeption zur Verkehrsflussregulierung und -beruhigung im Stadtteil Hopfengarten den Bürgerinnen und Bürgern, den Industrie und Gewerbevertretern, den Fachausschüssen des Stadtrates und dem Stadtrat zur Erörterung und Entscheidung vorstellen?
3. Welche haushaltsplanerischen Ansätze verfolgt die Stadtverwaltung, um die für die Umsetzung etwaiger Verkehrsplanungs- und Regulierungsmaßnahmen erforderlichen Finanzierungsmittel darzustellen?
4. Welche Aktivitäten hat die Stadtverwaltung bisher unternommen bzw. wird die Stadtverwaltung unternehmen, um mit den zuständigen Behörden gesetzlich zulässige Alternativen (oder Übergangslösungen), zu den durch den Petitionsausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt dargestellten verkehrsrechtlichen Fragen, zu finden?
5. Wann können die Bürgerinnen und Bürger sowie die Industrie und Gewerbeunternehmen nach Einschätzung der Stadtverwaltung spätestens mit der Umsetzung eines vom Stadtrat der Landeshauptstadt beschlossenen Verkehrskonzeptes, welches die aktuellen Entwicklungen im Wohngebiet reflektiert, verbindlich rechnen?

Wir bitten Sie, um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Frank Theile

Monika Zimmer

Hugo Boeck

Jana Bork